

geklaarten der sogenannten regierungstreuen Presse Herr Braun nicht recht wohl werden kann, da die parlamentarische Basis für Herrn Braun in Preußen verloren ist, hat der preussische Ministerpräsident im „Vorwärts“ dem Reich eine Verwaltungsgemeinschaft der drei preussischen Ministerien der Justiz, Landwirtschaft und des Verkehrs mit den gleichnamigen Ministerien in der Weile an, daß den genannten preussischen Ministerien die Wahrnehmung der Aufgaben der entsprechenden Reichsministerien anvertraut würde. „Ohne jede Spur von Partikularismus und Eigenliebe“, wie Herr Braun sich ausdrückt! Indessen ist offensichtlich, daß die Sozialdemokratie mit der Verwirklichung dieses Planes nicht nur ihre Macht in Preußen damit stabilisieren will, sondern sie über Herrn Brüning hinweg auch auf das Reich ausdehnen möchte. Herr Braun legt Herrn Brüning zugleich die Gegenrechnung für geleistete Dienste beim Volkseinsatz vor!

Brüning ist anderer Meinung: Verwaltungsreform als Vorbereitung einer allgemeinen Reichsreform muß kommen, um die ungeheure Belastung sämtlicher Budgets und der gesamten deutschen Volkswirtschaft schnellstens zu beheben, wenn das Schlimme nicht durch diesen Valakt in den Abgrund gezogen werden will. Aber Brüning will den entgegengelegten Weg! Gewiß Angleichung der genannten Preußens- und Reichsministerien, aber nicht durch eine Personalunion und dann Übernahme des Amtes des preussischen Ministerpräsidenten durch den Reichszkanzler Brüning! Während die Sozialdemokratie in Preußen die Hand aufs Reich legen möchte, erstrebt das katholische Zentrum von sich aus die Besitzergreifung Preußens!

Braun gegen Brüning und Brüning gegen Braun!

Braun ist bereit, zur Durchführung seines Planes eventuell zum Volkseinsatz zu greifen. Aber schon werden energische Widerprüche laut: In der Sitzung der vereinigten Ausschüsse des Reichsrates am Donnerstag, d. 13. 8. protestierte der Vertreter Bayerns lebhaft gegen jeden Versuch, durch Verwaltungsreformen eine Reichsreform vorzubereiten, die die Eigenstaatlichkeit der Länder antastete. Nach der Sitzung besprachen sich die Vertreter Sachsens und Bayerns vertraulich, ohne daß die Öffentlichkeit vom Inhalt der Unterhaltungen etwas erfährt. Und am gleichen Tage nahm das Organ der bairischen Volkspartei, der „Bairische Kurier“, auf's schärfste Stellung gegen den „Beginn der Wiederherstellung jener „Antonen“ zwischen Reich und Preußen, die durch die Weimarer Verfassung bewußt und in klarer Erkenntnis der Tragweite vollkommen und ausnahmslos durchschnitten worden sind.“ Die Beseitigung dieser „Bismarckschen Antonen“ zwischen Reich und Preußen sei einer der tragenden Grundpfeiler der in Weimar gefundenen politischen Verständigung.

Der „Bairische Kurier“ wendet sich offensichtlich gegen die von Ministerpräsident Braun propagierte Lösung. Ob das bairische Zentrum in gleicher Weise den Brüning'schen Wegplan bekämpfen wird? „Eine solche Gesamtlösung ist aber nur auf dem Wege gütlicher Verständigung möglich“, schreibt das genannte bairische Zentrum. Hier liegen Andeutungen, die Brüning zustatten kommen könnten.

Der Besitz Preußens ist der Besitz der Macht im Reich! Wenn der römische Katholizismus über Brüning's Plan die Macht im Reich in die Hände bekommen kann, dann wird schließlich auch der bairische Separatismus schweigen müssen und können.

Fraglich nur, ob das Zentrum diesen Plan ohne Bundesgenossen gegen die preussische Sozialdemokratie wird durchsetzen können. Ein Bundesgenosse scheint sich ihm anbieten zu wollen: der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg! Der Reichspräsident von Hindenburg ist bereit, zwischen Hugenberg und Brüning zu vermitteln. Brüning kam Hugenberg auf halbem Wege entgegen, als er in seiner Verfassungsrede im Reichstag am 11. 8. von der Zusammenfassung „aller aufbaufähigen und eingliederungsbereiten Kräfte“ sprach.

Wir sind stets der Überzeugung gewesen, daß der nur reaktionäre Konservatismus der Dr. Hugenberg schon aus ideologischen Gründen der beste Bundesgenosse des römischen Katholizismus ist. Herr Hugenberg muß selbst wissen, ob er durch die Verknüpfung der Interessen seiner Partei mit dem stärkeren Zentrum unter Schlagworten wie „Volksgemeinschaft“ und „Burgfrieden“ seine eigene Partei ruinieren will, oder ob er seine Machtwortinsche zurückhalten und läßt und geduldig den unentrichtbaren Zusammenbruch der jetzigen Reichspolitik und mit ihr des Zentrums abwarten will. Er kann dem Kabinett Brüning das Leben evtl. verlängern helfen, sich selbst aber dann um so sicherer mit in den Abgrund stürzen.

Im Augenblick allerdings scheint es so, als ob die beiden Geschwister nicht zueinander kommen könnten, weil die Sozialdemokratie ihr absolutes Veto einlegt. Der Export für die auswärtige Verräterpolitik der SPD, Herr Breitscheid, hat im „Vorwärts“ drohend den Finger erhoben. Wie Herr Braun, so präsentiert Herr Breitscheid dem Kanzler Brüning die Gegenrechnung für geleistete Dienste beim Volkseinsatz: „Die Sozialdemokratie darf verlangen, daß sie Gewißheit darüber erhält, ob Herr Brüning aus dem Ergebnis des preussischen Volkseinsatzes die Schlussfolgerungen zu ziehen gedenkt, die ihm nachfolgt werden, denn es wäre, gelinde gesagt, schon sehr merkwürdig, wenn der haterfüllte Feldzug des Herrn Hugenberg gegen die Preussische Regierung

am Tage nach seinem Fiasko mit der Hinzuziehung eben dieses Herrn Hugenberg zur politischen Mitarbeit im Reich belohnt werden sollte. „In ultimativer Form fährt dann Breitscheid fort:“

„Aber die verantwortlichen Stellen müssen sich darüber klar sein, daß sie mit der Verkündung eines solchen Programms die Mitwirkung der Sozialdemokratie aufs Spiel setzen würden. Der innerpolitische Kampf wäre nicht beieigelt, der Burgfrieden, den die Zentrumspresse fordert, wäre nicht hergestellt, sondern es hätte sich nur die Front verschoben, und die Arbeiterchaft, die sich die außen- und innenpolitische Reaktion nicht gefallen ließe, wäre in eine Opposition gedrängt, die von der Regierung und dem Lande zweifellos sehr viel schwerer ertragen werden könnte, als die sogenannte nationale Opposition der Hugenbergleute. In diesem Fall würde übrigens, um das nebenbei zu erwähnen, auch die Reform des Verhältnisses zwischen Preußen und dem Reich, von dem jetzt ebenfalls so viel gesprochen wird, in einem ganz anderen Lichte erscheinen, und bei aller grundsätzlichen Geneigtheit zu einer Vereinheitlichung der Verwaltung müßte die Sozialdemokratie es ablehnen, ihre Hand zu einer Verringerung der Rechte Preußens zugunsten eines von den deutschnationalen mitbeherrschten Reiches zu bieten.“

So sieht das Zentrum heute eingekleidet zwischen deutschnationalen und Sozialdemokraten. Was es aus taktischen und methodischen Gründen tun möchte, darf es nicht, weil die SPD es ihr verwehrt, und was es tun muß, sich weiter an die SPD zu halten, führt unentrinnbar in den Abgrund!

„Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“ kommentieren äußerst liebevoll Breitscheids Ultimatum. Zu einer Evidenzfrage eines Konzentrationskabinetts nach rechts oder links bemerkt das „Berliner Tageblatt“ mit lapidarer Kürze: „Wenn ein Konzentrationskabinett gedacht wird — und das scheint allerdings der Fall zu sein — so liegt die Erweiterung nach links weit näher.“ Und mit einem Hinweis auf die durch die projektierte Verwaltungsreform einzuleitende Reichsreform

kommt das gleiche Blatt zu dem Ergebnis: „Eine vorläufige Reichsreform durch Staatsverträge zwischen Preußen und dem Reich müßte dazu eine Fundierung des sozialdemokratischen Einflusses im Reich als Selbstverständlichkeit mit sich bringen.“

Das aber will und muß Brüning, der Sachwalter des römischen Katholizismus in Deutschland auf jeden Fall verhindern. Brüning und mit ihm das Zentrum sind festgefahren. Es nützt nichts mehr, wenn das „Berliner Tageblatt“ zu einem „Feldzug zur Befestigung des allgemeinen Staatsgefühls“ aufruft. Das Staatsgefühl für die Weimarer Republik ist im deutschen Volke schon längst nicht mehr vorhanden. Was dem Zentrum übrig bleibt, ist die „Berühmte“ zu stabilisieren“. Das aber ist nur der beschönigende Ausdruck für eine bereits festgefahrene Situation.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wird sich diese innerpolitische Situation merken. Wir stimmen durchaus nicht mit der Mahnung der deutschnationalen Freie an das Zentrum überein, sich von der Gemeinschaft mit der SPD, endlich frei zu machen und das Steuer nach rechts herumzuwerfen. Wir werten das Zentrum weniger als eine deutsche Parlamentspartei, sondern als die Hüterin der Weltmachtinteressen des römischen Katholizismus. Wir wissen, daß das Zentrum, auch wenn es die Wendung nach rechts vornehmen sollte, dies nur um der besseren Verfolgung eben dieser Ziele unter veränderten innerdeutschen Verhältnissen tut. Deshalb wünschen wir dem Zentrum weiter den Zwang der Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie und damit seine eigene Zertrümmerung.

Aber auch im letzteren Falle werden wir wachsamem Auge beobachten, daß sich nicht das Beispiel, das die katholische Partei der Popolari in Italien gegeben hat, in Deutschland wiederholt, nämlich daß die zertrümmerte politische Vertretung des römischen Katholizismus sich in einer neuen Form in einem neuerrichteten völkischen Staatswesen sammelt, um die Ziele der actio catholica auf neuen Wegen und mit anderen Mitteln weiter zu verfolgen. Dr. Kauff.

„Weltwirtschaft“

Die Forderung der Autarkie für die deutsche Wirtschaft, die jetzt in der Katastrophe gebieterisch in den Vordergrund zu treten begonnen hat, ist an sich nichts Neues, keine Entdeckung der Nachkriegszeit. Sie wurde vor dem Kriege besonders in landwirtschaftlichen Kreisen, und vom damals mächtigen und raffinierten Bund der Landwirte dauernd erhoben. Wäre der Bund der Landwirte — aus dem bekanntlich der heutige Reichslandbund entstanden ist — nicht politisch reaktionär gewesen, so würde die Forderung der Autarkie, wenigstens auf landwirtschaftlichem Gebiet, unvergleichlich größeren Widerhall in den breiten Volksmassen gefunden haben. Unabhängigkeit vom Auslande hinsichtlich der Ernährung der Bevölkerung und des deutschen Viehstandes, das war die Forderung des Bundes der Landwirte und es hätte die Forderung aller Parteien sein müssen, wie es auch die Forderung der Autoritäten der Armee und Marine war, die begriffen hatten, daß diese Frage im nächsten Kriege eine deutsche Lebensfrage sein würde. Auch der Kaiser vertrat den Standpunkt. Die Frage wurde nicht gelöst, obwohl es dem damaligen Deutschland leicht genug gewesen wäre. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß der Weltkrieg nicht eingetreten wäre, wenn die feindlichen Mächte die Überzeugung gehabt hätten, Deutschland sei nicht auszuheimgern. Der damalige (1914) russische Kriegsminister Suchomlinow äußerte sich kurz vor dem Kriege dahin: in wenigen Monaten würde der deutsche Wolf zu Tode gehen, und in London wie in Paris war man überzeugt, die Hungerperre werde längstens in Jahresfrist ihr Ziel, den deutschen Zusammenbruch, erreicht haben.

Während der letzten anderthalb Jahrzehnte vor dem Kriege führten die Linke und ein Teil der politischen Mitte einen gehässigen Kampf gegen das Verlangen nach wirtschaftlicher Autarkie. Neben den alten und ewig neuen Agitationschlagern von Brotverteuerung und Fleischverteuerung hörten wir auch damals als Argumente: eine auf wirtschaftliche Autarkie ausgehende Politik und Gesetzgebung sei besonders deshalb so zu verwerfen, weil sie das deutsche Volk hermetisch nach außen abschließen, weil sie den Zeichen der Zeit, der Annäherung der Völker untereinander, dem Verkehr und damit dem gegenseitigen Ausgleich nicht Rechnung tragen wolle. Wenn ein Volk eine derartige, sich isolierende Politik und Wirtschaftspolitik treibe, so fördere es die Gegensätze unter den Nationen, und das Ende muß schließlich der Krieg sein. Man sieht, es sind dieselben Whrasen, die uns auch jetzt seit einigen Wochen wieder begegnen. Nur ist ihre Zahl noch größer geworden. Neben dem gehinderten Fortschritt der Menschheit finden wir die gehinderte Weltkultur, die gehinderte Verständigung der Völker und das betrübte Weltgewissen. Und noch eins: die Heiligkeit jenes Etwas, das man Weltwirtschaft genannt hat:

Das Wort von der Weltwirtschaft ist in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden, als Gegenstück zu dem Schlagwort jener Jahre von der Weltpolitik. Dieses stammt übrigens nicht von Kaiser Wil-

helm, sondern von Bismarck, der sagte: Bis 1866 habe er preussische Politik treiben müssen, bis 1871 deutsche Politik, seitdem müsse Deutschland Weltpolitik treiben. Kaiser Wilhelm der Zweite nahm das Wort auf, verstand es aber anders als der Gründer des Reichs, nämlich etwa im Sinne, daß die deutsche Außenpolitik der politische Hans in allen Gassen zu sein habe. Das Wort: „Weltwirtschaft“ entstand als eine Folge des Erscheinens der deutschen Industrieprodukte auf allen Märkten der Welt. Man sagte: die wirtschaftliche Stellung Deutschlands habe sich seit den sechziger und achtziger Jahren vollkommen geändert, die deutsche Wirtschaft sei in die gesamte Weltwirtschaft nunmehr verflochten. Das war an sich richtig und ebenso an sich eine gesunde Erscheinung, gesund, weil das deutsche Reich in jedem Sinne wirkliche Großmacht war und seine Außenpolitik in keiner Weise eine Schwächung, noch auch eine ungesunde Erscheinung bedeutete.

Heute liegen die Dinge ganz anders. Heute wird die Weltwirtschaft als eine Macht angesehen und der deutschen Bevölkerung vorgeführt, der man nicht allein Rechnung tragen, sondern deren Geboten Deutschland gehorchen müsse. Es ist immer wieder auffallend, wie dem deutschen Michel geheimnisvolle Begriffe beigegeben werden, mit dem Gebot: falle nieder und bete an! Michel tut es ehrsüchtig, ohne ernstlich nach Sinn und Ursprung solcher Wortgebilde zu fragen. Man tut so, als ob Weltwirtschaft ein Ding an sich sei, als ob es „eine Welt“ gäbe, die eine Wirtschaft führe, welche eben die Weltwirtschaft sei. Dieser Weltwirtschaft und ihren geheimnisvollen Gesetzen habe das besiegte, zusammengebrochene Deutschland sich unbedingt zu fügen. Das ist die gleiche Sprache, in der Stresemann von den „ungeschriebenen Gesetzen“ des Handels sprach und diese angeblichen „Gesetze“ ohne weiteres in eine Reihe mit den höchsten ethischen Gesetzen stellte. Ob er das selbst glaubte, und ob er nicht wußte, daß jene ungeschriebenen Gesetze gerade in unserer Zeit von den Weltmächten und ihren Funktionären gegeben werden, heute so, morgen anders, aber immer zum Vorteil der Weltmächte, das bleibe dahingestellt.

Weltwirtschaft! Das sieht so aus, als ob eine Wirtschaftseinheit und Macht: „Welt“ vorhanden wäre, die eine bestimmte Wirtschaft nach bestimmten Gesichtspunkten treibe, und zu der alle einzelnen Staaten in Beziehungen der Unterordnung stehen müßten. Natürlich gibt es weder eine solche Einheit: „Welt“, noch eine solche: „Weltwirtschaft“. Dabei stellt niemand in Abrede, daß der Wirtschafts- und Handelsverkehr zwischen den Völkern, nicht zum wenigsten auch das internationale Kreditwesen, eine gewisse Verflechtung hergestellt haben und bedeuten. Die kritische Frage liegt darin, ob in dieser Verflechtung in dieser „Weltwirtschaft“, der betreffende Staat seinen Schwerpunkt erblickt, oder ob er diesen in seiner Heimatwirtschaft und in seinem heimatischen Geldwesen noch hat. Darauf kommt schließlich alles an, nichts aber auf Bezeichnungen, wie z. B. Weltwirtschaft — wenn man solche Bezeichnungen und Begriffe in ihrem Wesen versteht. Ist

das nicht der Fall, so können sie allerdings gefährlich genug werden.

Das Schlagwort: „Weltwirtschaft“ zu einem annähernd göttliche Verehrung verdienenden Wesen zu erheben, anzurufen, war, selbstverständlich, Sache aller derer, die aus internationaler Verflechtung von Wirtschaft und Handel der einzelnen Völker den größten Gewinn ziehen konnten und wollten. Das ist das internationale Volk dieser Erde: das jüdische Volk. Wir brauchen dafür nicht lange Ableitungen, sondern nur, als ein Beispiel unter unzähligen, an die jüdischen Bankier- und Händlerfamilien zu denken, wie Rothschild oder Warburg u. a. m. Die jüdischen Familien, deren Glieder in den Hauptgeldmittelpunkten der Erde sitzen, hängen nicht nur seit miteinander zusammen, wie das ganze auf die verschiedenen Länder verteilte jüdische Volk, sie machen nicht allein ihre Geschäfte im gegenseitigen Einverständnis und Zusammenarbeit, sondern sie arbeiten auch politisch und wirtschaftspolitisch ganz zielbewußt daraufhin, daß die Wirtschaft der einzelnen Völker möglichst von deren Wänden losgelöst, dem Handel als solchen dienstbar gemacht werde, entgegen der naturgegebenen Ordnung, daß der Handel nur ein Mittel der Wirtschaft eines Volkes ist. Für diese gewinnbringende „Umordnung“ hat das jüdische Volk als seine Basis das von ihm ebenfalls internationalisierte Finanzkapital, und dessen Lage: die internationale Goldwährung. So ist dies Ziel: den Völkern bzw. Staaten ihre Wirtschaftshoheit zu nehmen, und sie in die Hand des internationalen Handels und Finanzkapitals hineinzuschmeißen. Das Ergebnis wird: die internationale Macht hat den Völkern oder dem betreffenden Volke die Bestimmung über dessen Wirtschaft abgenommen und benutzt sie für sich als melkende Kuh, auf Kosten natürlich der betreffenden Völker. Das Ziel ist vollständig erreicht, wenn das betreffende Volk mit seiner Wirtschaft von der internationalen Geldmacht abhängig ist und von ihr hemmungslos ausgenutzt wird. Die Weltwirtschaft hat sich Deutschland in einer fast ohne Beispiel dastehenden Weise angeeignet, annähern lassen. Das Schlagwort: Weltwirtschaft, nirgends in der sogenannten Welt gebräuchlich außer in Deutschland, ist erfunden, um den Deutschen die Augen zu blinden; gut berechnet, denn wenn Michel von „Welt“ hört, so weitet sich ihm das Herz, und er fragt nicht nach Ursprung und Sphäre mehr.

Die deutsche Aufgabe ist, der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Geldwesen wieder den heimischen Boden unter die Füße zu geben. Darauf kommt es an. Mit das von den Juden und Arabern behauptete „hermetisch sich abschließen wollen“ gegen das Ausland und gegen den Weltverkehr denken die Vertreter des Autarkiegedankens nicht. Das ist nur ein verlogenes Gerede der Juden, welche die ungeheure Tragweite der Frage klar sehen. Ganz abgesehen davon, daß eine allseitig reflexlos durchgeführte Autarkie Deutschlands schon deshalb unmöglich ist, weil es viele Dinge gibt, die wir brauchen, aber nicht, oder noch nicht, in eigenen Lande hervorbringen können. Auch ist der Verkehr mit seinen immer mächtiger werdenden Mitteln natürlich nicht auszuschalten.

Innerhalb solcher Grenzen aber muß Deutschland mit allen Kräften nicht nur jetzt zu nationaler Selbsthilfe streben, sondern sich wirtschaftlich und geldlich auf eigene Füße stellen, und sich in der Folge so halten. Das ist Bedingung für die Möglichkeit unabhängigen deutschen Daseins überhaupt. Die gegenwärtige Behauptung, daß die Beziehungen der Völker untereinander durch eine nach Lage der Möglichkeit eingeführte autarkische Wirtschaft leiden könnten, ist übrigens reiner Unsinn bzw. eine der Beseitigung des internationalen Kapitalismus dienende, wohlüberlegte Lüge. Die Beziehungen der Nationen untereinander würden, wenn jede oder die meisten von ihnen aus der Goldwährung ausgeschlossen wären, nur sehr viel klarer und einfacher werden und gegenseitiger Verflechtung einen Damm entgegensetzen, der heute nicht vorhanden ist. Es würde unmöglich sein, wie bisher Gegensätze zu schüren und zu verwickeln, die bisher dem internationalen Kapital seine Geschäfte vorbereitet und gemacht haben.

Sonnenwende

Aus einem Kriegsbuch*)

„Ja, wir wollens lassen. Wir tun ja den gleichen Dienst. — Aber einmal muß das ausgeglichen werden, einmal muß das ergründet werden, warum seit tausend Jahren die Frieden so friedlos und die Kriege so sieglos sind. Das muß einmal ausgeglichen werden, Erich. Und bald. Sie die dort die Kirche wieder aufbauen über der Stadt.“

Später dann, als schon der Morgenschein am östlichen Himmel stand, ging Hans durch die Trümmer bis hinauf zu der zerstörten Kirche und setzte sich in eines der großen Wogenfenster, bis die Sonne glühend erwachte, die steinernen Wüste mit heimlichem Lichte übergoß, und zwischen irdischem Tod und himmlischer Klarheit die Mitternacht einer freien Seele suchte, die die empfangene Lebensoffenbarung bergen könne vor der kommenden Winternacht, bis zur Stunde der Wiedergeburt. Und diese Sonne lächelte die nachmüden Trümmern des deutschen Menschen mit einem neuen Evangelium nach. — Da kamen zwei fremde Gestalten den

(Schluß)

